

19.01

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann** (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einige Anmerkungen zum Nationalen Reformprogramm als solchem: Dabei kann ich feststellen, und das habe ich bereits im Ausschuss gesagt, dass wir da eigentlich auf ein strategisches Steuerungsinstrument verzichten, und zwar insofern, als es eine mangelhafte Koordination der Maßnahmen zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite gibt. Das ist ein großes Manko, und ich denke, an diesem Problem sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern, die ja in die Erstellung der Nationalen Reformprogramme eingebunden sind, arbeiten.

Weiters habe ich Anmerkungen zu einigen länderspezifischen Empfehlungen: Die erste betrifft die Steuerreform, auf die ja schon von meiner Vorrednerin sowie deren Vorredner eingegangen worden ist. Interessant ist aber ein Phänomen, auf das noch nicht hingewiesen wurde; die Bundesregierung hat ja immer die Meinung vertreten, dass die unteren Einkommen stärker entlastet würden als die oberen Einkommen. Na ja, einmal mehr bestätigt eine Institution – in diesem Fall die Europäische Kommission –, dass dem **nicht** so ist, denn die oberen 10 Prozent werden im verfügbaren Einkommen der Haushalte um 4,5 Prozent und das unterste Dezil, also die untersten 10 Prozent der Einkommen, um 1,9 Prozent entlastet. Das deckt sich mit den Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes, des Budgetdienstes, des Instituts für Ungleichheitsforschung. Es gibt nur eine Institution, die Bundesregierung, die beständig das Gegenteil behauptet – es stimmt halt nicht. So ist es, das muss man zur Kenntnis nehmen.

Was die Gegenfinanzierung anlangt, Frau Kollegin Tamandl: Na ja, da werden wir am Ende des Tages sehen, ob die Budgetzahlen wirklich stimmen. (*Abg. Tamandl: Genau!*) Aus der Vergangenheit zu schließen, insbesondere aus vergangenen Fehlbudgetierungen, dass in Zukunft immer alles so sein wird wie in der Vergangenheit, damit würde ich doch etwas vorsichtig sein.

Eine weitere Anmerkung bezieht sich auf die Tragfähigkeit des Pensionssystems, und zwar auf die langfristige Tragfähigkeit. Wenn Herr Kollege Haider gesagt hat, dass man feststellen kann, dass die Pensionskosten explodieren, so kann ich nur festhalten: Kurzfristig ist genau das Gegenteil der Fall. Im vergangenen Jahr lagen die Pensionszuschüsse deutlich unter dem Bundesvoranschlag, nämlich um einige Hundert Millionen Euro. Auch heuer wird das der Fall sein, auch heuer werden die Pensionszuschüsse um einige Hundert Millionen Euro unter dem Voranschlag liegen.

Das bedeutet, dass die Maßnahmen, die in diesem Bereich gesetzt worden sind, zu greifen beginnen, und wenn wir uns anschauen ... (*Abg. **Loacker**: Na, das heißt, ... auf den Arm genommen hat?*) – Herr Loacker, schauen Sie sich mal die Zahlen an! Jetzt kommen wir zur Langfristigkeit: Ja, das Pensionssystem fährt nicht an die Wand und es ist auch nicht schrottreif, wie Sie es immer behaupten, das ist wirklich ein Unfug. (*Zwischenruf des Abg. **Loacker**.*) Schauen Sie sich die letzte Langfristprognose im Strategiebericht an! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. **Loacker**.*) Daran sieht man ganz deutlich, dass die Beiträge zu den Pensionen im Jahr 2015 bei 14,1 Prozent liegen (*Zwischenruf des Abg. **Matznetter***) und im Jahr 2060 bei 14,5 Prozent liegen werden. (*Abg. **Loacker**: Wo? Was?*) Das heißt, wir haben da eine sehr stabile Entwicklung der Pensionszuschüsse. Und was Sie uns einreden wollen, nämlich dass das Pensionssystem schrottreif wäre, ist schlicht und einfach ein Unfug. – Danke. (*Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten der SPÖ.*)

19.05

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Matznetter. – Bitte, Herr Abgeordneter.